

## Aktionssommer 2017 unter dem Motto „Gegen das Verdrängen – Wohnungen und Würde für Wohnungslose“

Das Aktionsbündnis hat für den Zeitraum März bis Oktober einen Aktionssommer geplant. In öffentlichen Kundgebungen, Veranstaltungen, Fachgesprächen, Recherchen sowie auch mit individueller Unterstützung von Menschen in Wohnungsnot wollen wir auf die Dringlichkeit des Themas Wohnungsnot in der Öffentlichkeit aufmerksam machen.



Mit Verantwortlichen in der Stadt soll die Dramatik der Situation diskutiert und den immer wieder zu hörenden Beschönigungen entgegengewirkt werden. Ziel ist eine verstärkte öffentliche Wahrnehmung der besonderen, vielfachen Benachteiligung obdachloser Menschen und eine würdevollere Akzeptanz dieser Personen an ihren Aufenthaltsorten in der Innenstadt, sowie darum, dass die verantwortlichen Akteure neue, koordinierte Anstrengungen unternehmen, diesen Menschen zu angemessenem Wohnraum zu verhelfen und sie je nach Bedarf ihren besonderen Problemen gemäß persönlich zu beraten und zu begleiten.

### Veranstaltungen, Aktionen, Projekte:

**20. März um 11 Uhr Kirche Unser Lieben Frauen:** Start der Kampagne mit einer gemeinsamen Veranstaltung mit der Winterkirche, einer Einrichtung der Kirche „Unsere Lieben Frauen“, die in den Wintermonaten an jedem Montag Gästen offensteht, die sich dort wärmen und stärken können und Gelegenheit zum Gespräch haben.

**Exemplarische Leerstand-Besuche** mit Kennzeichnung der Gebäude und der Schaffung öffentlicher Aufmerksamkeit

**Rundgänge** zu Plätzen und Lage der Wohnungs-/Obdachlosen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit, um das Verdrängen sichtbar zu machen. Diese Rundgänge finden am **Freitag, 16. Juni**, und am **Montag, 11. September**, jeweils um **15 Uhr** (Treffpunkt: Stadtmusikanten) statt.

**Unterstützende Begleitung von Wohnungslosen** in besonderen Notlagen zu Ämtern (Zentrale Fachstelle Wohnen, Jobcenter etc.).

**Recherche ‚einfach Wohnen‘:** 300 Wohnungen mit Mindeststandards durch Kauf oder Bau durch die Stadt.

**28. August: Fachtag mit Referent\*innen.** Themen: „Bezahlbares Wohnen“ - **Gegen das Ausspielen von Geflüchteten-Obdachlosen-Zugewanderten**

**11. September**, am „Tag der Wohnungslosen“ wollen wir auf dem Markt vor der Bürgerschaft eine „Klagemauer“ errichten, auf dem Menschen zum Thema ‚Der Mensch braucht ein Zuhause‘ ihre eigenen Erfahrungen aufschreiben und aufhängen können.

**9. Oktober:** Öffentliche Auswertung des Aktions-sommers im Plenum des Aktionsbündnisses.

Der Aktionssommer 2017 wird unterstützt von der ‚Partnerschaft für Demokratie‘ und dem BMFSFJ.



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**



**IN BREMEN MITTE,  
VIERTEL & FINDORFF**

## Das Bremer Aktionsbündnis MENSCHENRECHT AUF WOHNEN

Wir sind

von Wohnungsnot und Vermieterwillkür betroffene Frauen und Männer

sowie

Mitarbeitende von Einrichtungen, Gruppen, Verbänden

und

in Gremien, politischen Parteien und der Wohnungswirtschaft engagierte Bürgerinnen und Bürger

### Kontakt:

Mail: [info@menschenrecht-auf-wohnen.de](mailto:info@menschenrecht-auf-wohnen.de)  
Telefon: 0421 / 16 38 40

### Spendenkonto des Diakonischen Werks Bremen:

Empfänger: Diakonisches Werk Bremen e.V.  
IBAN: DE 6652 0604 1000 0640 7510  
Bank: Evangelische Bank  
Stichwort: „Aktionsbündnis Wohnen“

[www.menschenrecht-auf-wohnen.de](http://www.menschenrecht-auf-wohnen.de)



**Das Aktionsbündnis Menschenrecht auf Wohnen trifft sich montags um 17 Uhr in den Räumen der Diakonie Bremen, linker Seiteneingang Birkenstraße 34, 2. OG, 28195 Bremen, am:**

3. April, 8. Mai, 12. Juni, 3. Juli, 7. August, 4. September, 9. Oktober, 6. November, 4. Dezember

Unterstützt durch:  
**Diakonie**  
Bremen

## AKTIV GEGEN WOHNUNGSNOT



**Aktionssommer 2017  
Gegen das Verdrängen –  
Wohnungen und Würde  
für Wohnungslose**

Das Menschenrecht auf Wohnen gilt für alle Menschen in unserer Stadt

## Grundsatzklärung

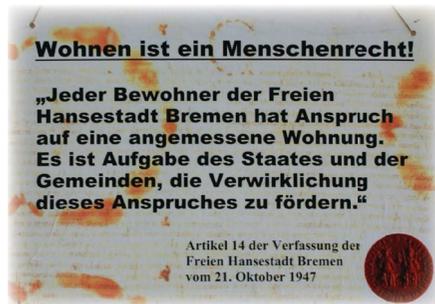
Das Bremer Aktionsbündnis Menschenrecht auf Wohnen setzt sich für die Verwirklichung des Rechts aus Artikel 14 der Bremer Landesverfassung ein. Danach hat jeder Bewohner einen Anspruch auf eine angemessene Wohnung.

In Übereinstimmung mit der internationalen Charta der Menschenrechte gilt dieses Recht allen Menschen hier, unabhängig von sozialem Status, Alter, Herkunft, Rasse, Glaubenszugehörigkeit und Geschlecht.

Einer steigenden Zahl von Menschen in Bremen wird die Verwirklichung dieses Rechts auf angemessene und bezahlbare Wohnung faktisch versagt. Politisch und wirtschaftlich Verantwortliche in Bremen haben dem, aus welchem Grunde auch immer, lange Jahre nicht Rechnung getragen. Der Glaube an den Markt, der die Wohnungsprobleme am besten selbst reguliert und behebt, ließ das Menschenrecht auf Wohnen als staatliche und gesellschaftliche Aufgabe aus dem Blick geraten.

Wir stellen fest, dass in der Folge in Bremen ca. 600 Menschen in Obdachlosigkeit leben müssen.  
- Für ihr Recht auf Wohnen setzen wir uns ein.

Wie stellen fest, dass tausende Menschen in provisorischen Unterkünften leben müssen. Sie sind z.B. durch Schicksalsschläge, Krankheiten oder Familienprobleme wohnungslos geworden.  
- Für ihr Recht auf eine eigene Wohnung setzen wir uns ein.



Wir stellen fest, dass jährlich tausende Student/innen nach Bremen kommen und keine eigene Wohnung bzw. eigenen Raum in einer WG finden und ‚irgendwie‘ provisorisch unterkommen müssen.  
- Für ihr Recht auf eigenen Wohnraum setzen wir uns ein.

Wir stellen fest, dass viele Menschen in Wohnungen die vernachlässigt, heruntergekommen, oder von Schimmel befallen sind leben müssen, oft in Schrottimmobiliien, ohne dass sich die Vermieter ihrer Verantwortung gemäß darum kümmern.  
- Für ihr Recht auf eine ordentliche und gesunde Wohnung setzen wir uns ein.

Wir stellen fest, dass einer großen Zahl von Alleinlebenden, Alleinerziehenden sowie auch großen Familien Wohnungen für ihren Bedarf fehlen, oder potentiell vorhandene Wohnungen für sie unbezahlbar sind.  
- Für ihr Recht auf bezahlbare passende Wohnungen setzen wir uns ein.



Wir stellen fest, dass die Zahl von Rentner/innen steigt, die mit Minirenten in Altersarmut geraten. Für sie wird die Miete unerschwinglich und die Wohnung bedroht.  
- Für ihr Recht auf ein würdiges Wohnen im Alter setzen wir uns ein.

Wir stellen fest, dass die Mietpreisentwicklung immer mehr Menschen, die auf Transferleistungen angewiesen sind und auch Menschen aus der Mitte der Gesellschaft an und über die Grenze ihrer Mietzahlungsfähigkeit bringt. Sie geraten unter Druck, ihre Wohnung verlassen zu müssen, und sie finden doch keinen bezahlbaren Wohnraum: in ihrem Umfeld nicht und in Bremen nicht.  
- Für ihr Recht auf für sie bezahlbare Wohnungen in unserer Stadt setzen wir uns ein.

Wir stellen fest, dass die katastrophale Situation zugewanderter Menschen in Bremen, sei es als ‚Wanderarbeiter‘, sei es als Flüchtling, ein Ausmaß angenommen hat, das alle Alarmglocken in Bremen erschallen ließ. Es ist nicht mehr möglich, die Augen vor der Wohnungsnot in Bremen zu verschließen.  
- Für das Recht der über 10.000 Zugewanderten und Flüchtlinge auf ‚normales‘ Wohnen und schneller Überwindung der Unterbringung in Notunterkünften setzen wir uns ein.

Das Bremer Aktionsbündnis Menschenrecht auf Wohnen achtet darauf, dass weder durch die aktuelle Herausforderung, tausende Flüchtlinge unterbringen zu müssen, die seit Jahren existierende Wohnungsnot zuvor genannter Menschen in den Hintergrund gedrängt wird. Noch dass die Obdachlosen, Wohnungslosen oder prekär Wohnenden gegen die Zugewanderten und Flüchtlinge ausgespielt und in gesellschaftliche Frontstellung gebracht werden.

Das Menschenrecht auf Wohnen ist ein soziales und humanes Menschenrecht. Jeder Mensch soll seinen Anspruch auf eine angemessene, menschenwürdige und bezahlbare Wohnung einlösen können. Wir wollen die Verwirklichung dieses Rechts durch solidarisches Handeln fördern. Unter dieser Maxime arbeiten wir im Bündnis zusammen und suchen Mitstreiter in Staat und Gesellschaft.

Bremer Aktionsbündnis Menschenrecht auf Wohnen  
Bremen, November 2015

### Zum Nachdenken:

Bremen hat 10.000 Vermögensmillionäre mit einem Gesamtvermögen von ca. 30 Milliarden Euro. Eine Vermögensabgabe der Reichen in unserer Stadt von nur 1 Prozent erbrächte 300 Mio. Euro. Davon könnte man mehr als 3.000 bezahlbare Wohnungen im Besitz der Stadt bauen.

## Bezahlbare Wohnungen für alle!

### Unsere Hauptforderungen:

- Für ein zusätzliches **kommunales Wohnungsbauprogramm!** 5000 bezahlbare Wohnungen (5,50 – 6,- €/m<sup>2</sup>) in öffentlicher Verantwortung.
- **Leerstand** öffentlicher und privater Gebäude wirksam bekämpfen! Leerstehende Immobilien für Wohnzwecke herrichten und nutzen.
- Erhalt und einfache Instandsetzung noch tauglicher „Schlicht-Wohnungen“ (Reiher-siedlung, Am Sacksdamm, Holsteiner Str.) zum „**Einfach Wohnen**“.
- Stärkung der städtischen **Gewoba** und des Wohnungsbaus durch **Genossenschaften**.
- **Rekommunalisierung** ehemals öffentlicher Wohnungsbestände, die heute der Vonovia gehören, damit die Stadt mehr Gestaltungsspielräume gegen Wohnungsnot bekommt.
- Mehr **Personal** zur Begleitung und Vermittlung von Wohnungslosen, die eine Unterstützung zur Wohnungsvermittlung benötigen.
- Keine Verdrängung von Menschen aus ihren Wohnungen durch Miethaie! Wirksame Maßnahmen gegen **Mietpreistreiberei** schaffen!